

## Zürich

# Die Vorboten einer neuen Ära im Kantonsparlament

Kantonsrat Die Tage der bürgerlichen Vorherrschaft sind gezählt. Mindestens ein Geschäft, das gestern durchfiel, würde in einem Monat eine Mehrheit finden.

Helene Arnet

Der Kantonsrat hat gestern noch in alter Zusammensetzung getagt, doch die Vorboten des neuen Regimes waren bereits deutlich spürbar. Obwohl es bei der Verabschiedung des Steuergesetzes lediglich noch um die redaktionelle Lesung ging, wurde noch einmal der Klassenkampf zelebriert. SP-Fraktionssprecher Markus Späth (Feuerthalen) sprach von einem historischen Moment: Es sei wohl die letzte Vorlage, bei der die Rechtsbürgerlichen nach dem Motto «Schau nie nach links und Augen zu und durch» vorgehen könnten. «Sie haben wirklich jedes Schlupfloch zur Verfügung gestellt, um die Unternehmenssteuern zu senken.»

Seitens der SVP sprach man dagegen von einem Kompromiss. «Wir hätten noch viel mehr Forderungen gehabt», erklärte Marcel Suter (Thalwil). SP, Grüne und AL lehnten das Gesetz ab. Es wurde aber mit 121 zu 53 Stimmen verabschiedet. Es sieht vor, dass die Gewinnsteuer von acht auf sieben Prozent gesenkt wird. Zudem sollen Unternehmen höhere Abzüge tätigen können und Dividenden nur mit fünfzig Prozent besteuert werden.

Der Kanton rechnet mit Steuerausfällen von 275 Millionen Franken, die Gemeinden werden 250 Millionen Franken einbüßen, wobei der Kanton diese teilweise entschädigen wird. Oberstes Gebot sei es, so sagte gestern Finanzdirektor Ernst Stocker (SVP), dass die Unternehmen nicht abwanderten. Ob die Vorlage überhaupt zum Tragen kommt, ist allerdings ungewiss: Wird im Mai das Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung abgelehnt, wird dieses kantonale Gesetz obsolet. Bei einer Annahme hat das Zürcher Stimmvolk im September das letzte Wort.

## Nachhaltig investieren

Während die durch die Wahlen erstarkten Links-Grünen bei dieser Vorlage erst ein bisschen mit den Säbeln rasselten, war im weiteren Sitzungsverlauf exemplarisch auszumachen, was sich in der neuen Ära ändern wird: Bald-Regierungsrat Martin Neukom (Grüne, Winterthur) hatte als Erstunterzeichner ein Postulat eingereicht, gemäss dem die Regierung prüfen soll, wie kantonale Kapitalanlagen nach Kriterien der Nachhaltigkeit investiert werden könnten.

Das Bild der Ja- und Nein-Stimmen, das auf dem Monitor erschien, haben wir in den letzten acht Jahren dutzendfach gesehen: eine saubere Trennung von SP über AL, Grüne, EVP und GLP gegen den Rest. Das Postulat hatte keine Chance und fiel mit 75 zu 98 Stimmen durch. Nach der Neukonstituierung am 6. Mai dürfte das anders aussehen. Das Postulat würde dann mit 94 Stimmen überwiesen.

Die künftige Rolle der GLP als Zünglein - sagen wir besser Zunge - an der Waage zeigte sich in dem Vorstoss von André Bender (SVP, Oberengstringen). Dieser verlangte, dass die kantonalen Angestellten künftig die Brückentage vorholen müssten und nicht einfach geschenkt bekämen. So wie das in der Privatwirtschaft üblich sei, erklärte der Postulant.

Als die GLP erklärte, dass sie zwar für die fünfte Ferienwoche des Staatspersonals sei, sich aber in dieser Sache der Stimme enthalte, ging ein Rumoren durch den Rat. Denn Links-Grün hätte, um eine Chance auf eine Mehrheit zu haben, deren Stimmen benötigt. Überraschenderweise sprang dann die FDP in die Bresche. Jörg Kündig (FDP, Gossau) erklärte: «Die Möglichkeit, dass Brückentage vorgeholt werden müssen, besteht

bereits. Das soll der Kanton aber flexibel handhaben können.»

## Überraschende Allianzen

Dass auch im neuen Rat hin und wieder überraschende Allianzen geschmiedet werden dürften, zeigte die Diskussion um höhere Steuerabzüge für Kinderbetreuung: Beat Habegger (FDP, Zürich) verlangte, dass Eltern im Kanton Zürich künftig pro Kind 25000 Franken für die ausser familiäre Betreuung abziehen können. Momentan sind es 10100 Franken. SP und GLP hatten das Postulat ebenfalls unterzeichnet. Dagegen votierte die SVP, die in der Regel für Steuersenkungen zu haben ist.

Stefan Schmid (SVP, Niederglatt) erklärte, weshalb: «Wir bemängeln die Einseitigkeit des Postulats, welches ausschliesslich Eltern bevorzugt, welche ihre Kinder von Drittpersonen betreuen lassen.» Aber auch die Grünen waren dagegen. «Das wäre ein Steuergeschenk für Eltern mit hohem Einkommen, welche sich eine solche Betreuung ohnehin leisten können», sagte Thomas Forrer (Erlenbach). Viel wichtiger sei es, dass die Betreuungsangebote erschwinglicher würden. Das Postulat blieb mit 81 zu 84 Stimmen auf der Strecke.

© Tagesanzeiger. Alle Rechte vorbehalten.